

## Moral in der Politik

---

Das gewollt lockere Gerede vieler Volksvertreter: "Politiker sind doch auch nur Menschen, wie alle anderen!" täuscht über die wirkliche Lage hinweg. Ebenso, wie die Bevölkerung an Geistliche oder auch nur an ihre Vereinvorstände andere Anforderungen stellt, als an sich selber, ist für die Mehrheit der Politiker als Vertreter aller Wähler im Wahlkreis mit der Verpflichtung "dem Wohle des Volkes zu dienen" eben kein Mensch wie jeder andere. Laxheiten im Umgang mit dem Fiskus, der ehelichen Moral oder der Ehrlichkeit überhaupt, die sich der Bürger selber gerne verzeiht, werden bei Politikern übel genommen.

Die Bevölkerung erwartet vom Politiker strengste Einhaltung aller gesellschaftlichen Spielregeln, wenn er für sie glaubwürdig sein soll.

Die Parteimitglieder erwarten von ihren prominenten Vertretern Vertretung ihrer privaten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen (Lobbyismus) und Durchsetzung ihrer ideologischen Vorstellungen.

Beide grossen Volksparteien betreiben Parteibuch-Wirtschaft. Beide grossen Volksparteien beschuldigen sich gegenseitig zu recht der Parteibuchwirtschaft.

Durch entsprechende Personalpolitik sollen in den Schulen, der Presse, in Rundfunk und Fernsehen die Ideologischen Thesen der eigenen Partei gefördert werden. Die Parteimitglieder sehen in "lascher" Förderung schon fast eine Kritik, sie wollen es möglichst 150%tig (Löwenthal).

Die Berücksichtigung von objektiven Gesichtspunkten bei Berufungen oder Einstellungen wird von vielen Parteifreunden als "Verrat an den Interessen der Partei" geschmäht.

Alle Menschen neigen dazu die eigenen Interessen für das Interesse aller zu halten.

Parteimitglieder verlangen von Ihren Funktionären, dass sie nicht in erster Linie "dem Wohle des Volkes" verpflichtet sind, sondern ihren eigenen Interessen und den Interessen ihrer Klientel. (Vertriebenen- Agrar- Wohnungsbau- Gewerkschafts- Wirtschafts- Bildungspolitik).

Über Argumente des Gegners auch nur nachzudenken oder gar zu diskutieren verbietet die innerparteiliche Intoleranz.

Die Bürger erwarten eine offene Diskussion, ein abwägen verschiedener Standpunkte. Sie schätzen sachliche Argumente, auch wenn sie engagiert vorgetragen werden. Sie verlangen die Würdigung des Gegners und seiner Argumente. Sie verabscheuen Diffamierungen. In Parteiversammlungen erhält man stets rauschenden Beifall, wenn man darlegt, dass die Politik des jeweiligen Gegners "den Untergang Deutschlands" bedeute.

- 2 -

Die Politiker der grossen Parteien befinden sich im steten Dilemma zwischen "Öffentlichem Auftrag" und dem Auftrag ihrer Partei. Da die Kandidaten von den P a r t e i m i t g l i e d e r n ausgesucht und aufgestellt werden und die Parteigremien natürlich Kandidaten bevorzugen (sie sind ihnen sympathischer) für die eigene Partei "immer recht hat", sinkt das geistige Niveau der führenden Politiker langsam aber stetig auf das kleinkarierte engstirnige Niveau der Volksparteimitglieder.

Skandale wie die Barschelaffaire oder der Zusammenbruch der "Neuen Heimat" werden nicht als Fehler der Demokratie, der demokratischen Politiker oder der Politik überhaupt als Ganzes begriffen, wie die Bevölkerung es sieht, sondern hämisch dem politischen Gegner angekreidet.

"Vordenker" der einen Seite freuen sich, wenn die Extremen der anderen Seite Stimmen abjagen. Und ganz zufrieden ist man, wenn man dann nachweisen kann, dass durch die Extremen nicht nur die eigene Partei, sondern auch der Gegner Stimmen verloren hat.

Eigene Spitzenfunktionäre werden vorgeführt, wenn sie versuchen auch nur Fakten, die irgendwelcher Klientel nicht passen, vorzutragen. So "exporten" sich auch die Führungsgremien der CDU/CSU, als Heiner Geisler versuchte klar zu machen, dass es eine Einheit Deutschlands nur geben werde, wenn zumindestens a l l e Nachbarstaaten zustimmen würden.

Eine der grössten Peinlichkeiten in den Augen der Öffentlichkeit ist die sogenannte "Spendenaffaire". Die Tatsache, dass Steuern hinterzogen wurden, ist schlimm genug. Aber kein normal rechtlich denkender Bürger wird es den führenden Politikern, die ja diese Spenden veranlasst hatten, verzeihen, dass sie lediglich einen ihnen damals unbequemen Politiker (Lambsdorff) ans Messer lieferten, sich selber salvierten aber ihre Spender in hunderten von Prozessen oder Verfahren vorführen liessen.

Die grossen Parteien haben ihre G l a u b w ü r d i g k e i t verloren.

Das ist nicht, wie in Versammlungen oft erklärt, irgend ein "Phänomen", sondern Antwort der Bevölkerung auf die Doppelmoral der Mitglieder und vieler Spitzenfunktionäre der Volksparteien. Moralischer Anspruch und Wirklichkeit klaffen zu weit auseinander.

- 3 -

- 3 -

Wenn die Bevölkerung die beiden grossen Volksparteien trotzdem heute noch mehrheitlich wählt, liegt das einerseits an deren praktischen politischen Erfolgen, deren meist unbestrittener Sachkompetenz (Man glaubt nicht an die Sachkompetenz der Extremen) und der ehrlichen bürgernahen oft aufopfernden Arbeit von Legionen kleiner Kommunalpolitiker auf der untersten Ebene, die oft selbst frustriert durch die Politik ihrer "Oberen" vielfach aus Tradition sich dem "Ganzen" verpflichtet fühlen und sei für sie das "Ganze" auch nur eine Hundert-Seelen-Gemeinde oder ein Sitz im Wasser-Beschaffungsverband.

Die Schuld am schiefen Bild von der Arbeit der Parteien, den Medien anzulasten ist falsch. (Jeder Versuch die Medien zu "zähmen" durch Besetzung der Gremien der Öffentlich-rechlichen mit langweiligen e i g e n e n Leuten muss scheitern. Die von der CDU so geförderten "privaten" würden sofort in die Bresche springen. Schliesslich sind auch "Stern" und "Spiegel" privatkapitalistische Unternehmen, bemüht die Nachfrage nach politischen Skandalen zu befriedigen.)

Das Fehlen grosser gesellschaftspolitischer Perspektiven macht es unmöglich über das Ringen um die Durchsetzung "grosser Ziele" zu berichten. So bleibt den Journalisten nur das Schnüffeln in den Müllern der Parteipolitik (übrigens ist das bei der Wirtschaft genau dasselbe).

"Grosse" Ereignisse, Fluchtwelle Schnee- oder Flutkatastrophen drücken Skandale bei den Medien sofort in den Hintergrund. Da es sich verbietet (wie Hitler) grosse Ereignisse oder grosse Zeiten ständig aus dem Hut zu zaubern, müssen wir uns mit der Tatsache abfinden. Die Skandalberichterstattung gehört zu unserem Leben wie Autobahnstaus oder Supermärkte.

U n s e r e   G l a u b w ü r d i g k e i t   k ö n n e n   w i r  
n u r   s e l b e r   w i e d e r   h e r s t e l l e n .

1. Gewinnen wird auf Dauer nur die Partei, die sich streng an die im Grundgesetz verankerten und von diesem gemeinten demokratischen Spielregeln hält.

Die Spielregeln müssen g e w o l l t sein und fair, nicht widerwillig, eingehalten werden.

Verstoss gegen die Spielregeln muß zur Rüge auch von seiten der eigenen Partei führen. Wer böse wiederholt gegen die Regeln verstösst, dem ist die rote Karte zu zeigen.

Die wichtigsten Spielregeln:

- a. Politische Parteien sind im Sinne des Eides des Bundeskanzlers oder des Bundespräsidenten dem ganzen Volke verpflichtet. (Die Bezeichnung Volkspartei ist daher gut.)
- b. Politik dient den Menschen. Staaten und Nationen sind ebenso wie Ämter oder Kreise nur Organisationsformen zum Dienst für den Menschen.

- 4 -

- c. Andere Parteien, anders denkende, sind nicht Feinde. Wir müssen sie akzeptieren als Gegner im demokratischen Spiel, die ebenso wie wir das Beste wollen, aber (aus welchen Gründen auch immer) auf anderen Wegen, mit anderen Methoden zum Ziel kommen wollen.
- d. Wir müssen die Argumente des politischen Gegners kennen.
- e. Die vornehmste Art der politischen Auseinandersetzung ist das Argument. Ausnahmen müssen argumentativ begründet sein.
- f. Kompromisse sind nicht "faul", sie sind das Lebenselixier der Demokratie.
- g. Parteien und Politiker sind verpflichtet objektiv zu informieren.
- h. Strengste Rechtstaatlichkeit ist gegenüber jedermann zu beachten.

2. Glaubwürdigkeit ist für die Parteien wichtiger, als kurzfristige Erfolge. Die Bereitschaft ist notwendig der Glaubwürdigkeit zuliebe auch zeitweise Nachteile hinzunehmen.

Trutz Graf Kerksenbrock  
An den Birken 22

2300 K i e l /Russee

Hohenfelde den 25. Oktober 1989

Lieber Graf Kerksenbrock.

Ich habe Ihre Diskussionsessenz und Ihren Artikel bewusst erst gelesen, nachdem ich mein Opus abgeschlossen hatte.

Mein Skript ist vollkommen anders aufgezo-

Mir scheint es etwas systematischer. Dabei will ich nicht sagen, dass es schon voll ausgegoren wäre. Es ist eine Skizze.

Differenzen sehe ich in Bezug auf den Inhalt überhaupt nicht.

Lesen sie es mal. Vielleicht gibt es Anregungen, wie wir unsere Argumente präsentieren.

Eine Empfehlung bitte an Ihre Gattin.

Mit freundlichen Grüßen.

Ihr